

ES LEBNT SICH IBESSER OHNE HELM

EIN READER FÜR SCHÜLER_INNEN,
ELTERN UND LEHRER_INNEN



Das Bündnis „Schule ohne Bundeswehr NRW“, sind ein Zusammenschluss von Friedensgruppen, antimilitaristischen und antifaschistischen Initiativen, Jugendverbänden für den Frieden, SchülerInnenvertretungen und Gewerkschaften. Gemeinsam kämpfen wir für eine Schule ohne Kriegspropaganda und Soldatenwerbung an Schulen und für die Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Schulministerium und der Bundeswehr.

Folgende Organisationen verstehen sich als Träger des Bündnisses:

- **Bundeswehr wegtreten**
- **DFG-VK NRW**
- **DGB Jugend NRW**
- **Kölner Friedensforum**
- **Kölner Initiative Schule ohne Bundeswehr**
- **Landeschülerinnenvertretung NRW**
- **Linksjugend NRW**
- **Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden**
- **SDAJ Rheinland u. Ruhr/Westfalen**
- **VVN-BdA NRW.**

Dieser Reader soll SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen eine Hilfestellung geben, den Versuchen der Bundeswehr, Einfluss auf die Schule zu nehmen, kritisch zu begegnen. Gerade nach dem anstehenden Ende der Wehrpflicht stellt sich die Frage, welche Rolle die Bundeswehr an unseren Schulen spielen sollte. Wir sagen ganz eindeutig: keine!

Eine Information über die Außen- und Sicherheitspolitik unseres Landes können Lehrer und Lehrerinnen von einem neutralen Standpunkt aus besser geben. Und das Bemühen der Bundeswehr, Soldaten für Auslandseinsätze zu rekrutieren, hat an den Schulen nichts verloren. Dabei kommt es zunächst nicht darauf an, ob man die Bundeswehr für notwendig erachtet oder nicht.



INHALT

Bündnisaufruf	3
Handlungshilfen für	
- SchülerInnen	5
- LehrerInnen	8
- Eltern	10
Musterantrag für die Schulkonferenz	12
Argumentationshilfe	16
Links zu weiteren Informationen	22
Impressum	23



BÜNDNISAUFTRUF

Stoppt die Propaganda für den Krieg Kein Werben fürs Töten und Sterben Für eine Schule ohne Bundeswehr

Die Bundeswehr drängt in den letzten Jahren immer stärker in die Öffentlichkeit. Ihre immer breiter angelegten Reklamefeldzüge haben dabei allein im Jahr 2010 knapp eine Millionen Jugendliche erreicht.

Mit dem Abschluss einer sogenannten Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und dem Schulministerium NRW 2008 wurde für das Auftreten der Bundeswehr in Schulen eine neue Grundlage gelegt. Diese räumt Jugendoffizieren der Bundeswehr u.a. das exklusive Recht ein, LehrerInnen aus- und fortzubilden und SchülerInnen über Militärpolitik zu informieren. Unterrichtsstunden werden dadurch immer häufiger komplett durch die Bundeswehr gestaltet, LehrerInnen werden im Sinne der Bundeswehr aus- und fortgebildet, Offiziere laden Klassen zum „Tag der offenen Tür“ oder zur Studienfahrt in die Kaserne ein. Sogar Waffenschauen und Schießsimulationen führt die Bundeswehr immer wieder mit jungen Schülerinnen und Schülern durch.

Ursache dieser Entwicklung ist der politische Wille der Regierung, die Bundeswehr radikal auf Kriegseinsätze in aller Welt auszurichten. Für solche Kriegseinsätze wie in Afghanistan werden vor allem Berufs- und Zeitsoldaten gebraucht und verschlissen. Vor diesem Hintergrund sind auch das zu begrüßende Aussetzen der Wehrpflicht und der Umbau der Bundeswehr zu einer flexibleren Berufsarmee keine friedenspolitische Maßnahmen. Diese Politik ist, wie etwa auch der Afghanistankrieg, gegen die Meinung und die Interessen der Mehrheit der Jugend und der Bevölkerung gerichtet. Auf Grund des steigenden Nachwuchsbedarfs der Bundeswehr bei gleichzeitigem Akzeptanzproblem soll nun verstärkt in den Schulen geworben werden.

Schluss mit dem Werben fürs Sterben

Die Unterrichtseinheiten der Bundeswehr sollen SchülerInnen insbesondere von der Notwendigkeit deutscher Kriegseinsätze und den Vorteilen des Soldatenberufs überzeugen.

Während immer mehr Jugendliche von Ausbildungsplatzmangel, Leiharbeit oder Hartz-IV betroffen sind verspricht die Bundeswehr gute Bezahlung und einen sicheren Arbeitsplatz und versucht damit gezielt diejenigen zu ködern, die keine Perspektive für ihre berufliche Zukunft sehen. Erst diese fehlende Aussicht auf eine sichere Zukunft macht das Leben als Soldat für Jugendliche, trotz aller Gefahren, attraktiv.



Dass man bei der Bundeswehr zwangsweise in den Krieg geschickt wird, fällt in den schönen Werbeauftritten oft hinten runter. SoldatInnen müssen bereit sein, auf Befehl Menschen zu töten, das ist ihr Beruf. Das Berufsrisiko ist, getötet zu werden.

Durch die Bundeswehr wird an der Schule die unmittelbare Regierungspolitik beworben. Damit wird auch die Neutralität der Schule verletzt. Ihr Bildungsauftrag ist vor allem dem Friedensauftrag des Grundgesetzes verpflichtet. Auch das Schulgesetz von NRW schreibt vor, dass Schule zur Friedensgesinnung erziehen soll, diese Arbeit können am besten qualifizierte LehrerInnen selbst bewältigen.

Wir sind der Ansicht, dass Jugendliche ein Recht auf eine Zukunft ohne Krieg und auf ein gemeinsames Leben in Frieden haben. Wir verwehren uns gegen eine zweckgeleitete Kriegspropaganda an unseren Schulen

Das Militär hat an Schulen, Universitäten und Arbeitsämtern nichts zu suchen. Es darf keine Werbeanstrengungen, offen oder verdeckt, an Schulen geben. Weg mit Unterrichtseinheiten, die SchülerInnen auf angebliche Sachzwänge orientieren statt eine gründliche Problemanalyse zu erarbeiten. Weg mit Freizeiten, die mit Abenteuergeist und Technikfaszination ein geschöntes Bild vom Leben als Soldat vorspiegeln.

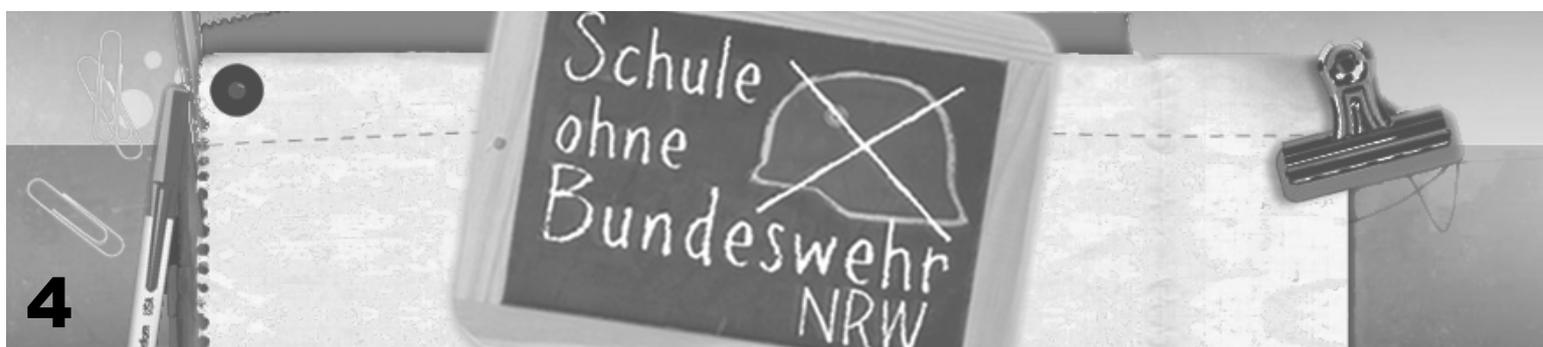
Gemeinsam für eine Schule ohne Bundeswehr

Wir, das Bündnis „Schule ohne Bundeswehr NRW“, sind ein offener Zusammenschluss von Friedensgruppen, antimilitaristischen und antifaschistischen Initiativen, Jugendverbänden für den Frieden, SchülerInnenvertretungen und Gewerkschaften.

Wir fordern die ersatzlose Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen Schulministerium und Bundeswehr. Wir setzen uns gegen jede Kriegspropaganda und Soldatenwerbung an Schulen ein und fordern eine Erziehung zum Frieden und Humanismus. Die Bundeswehr hat an Schulen nichts zu suchen!

Wir bieten ReferentInnen & Informationsmaterialien für SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern und alle weiteren Interessierten zum Thema an. Wir unterstützen SchülerInnenvertretungen und Schulen dabei sich kurz- und langfristig gegen Bundeswehrauftritte zu wehren. Wir beteiligen uns aktiv an friedenspolitischen und antimilitaristischen Aktivitäten und initiieren eigene Aktionen.

Wir laden alle Gleichgesinnten ein, sich gemeinsam mit uns für eine Schule ohne Militär einzusetzen.



HANDLUNGSHILFE FÜR SCHÜLER_INNEN

Die Aktivitäten von SchülerInnen im Bezug auf Bundeswehrbesuche sind im Wesentlichen in drei situationsabhängige Handlungsbereiche gegliedert. Was kann man tun, um allgemein dem „Besuch“ der Bundeswehr an der eigenen Schule vorzubeugen, was tut man gegen einen angekündigten und welche Protestformen gibt es gegen einen nicht abwendbaren Bundeswehrbesuch?

Die LSV NRW und das Netzwerk „Schule ohne Bundeswehr NRW“ (www.schule-ohne-bundeswehr-nrw.de) greifen Dir bei allen Aktivitäten gerne unter die Arme.

1. Fall: Du möchtest einem „Besuch“ der Bundeswehr an deiner Schule vorbeugen

Du stellst einen Antrag an die Schulkonferenz mit dem Ziel, Deine Schule zur „Bundeswehrfreien Zone“ zu erklären.

Im Vorfeld setzt Du dich mit dem LehrerInnen-Rat und ElternvertreterInnen, unabhängig voneinander, zusammen. Du stellst ihnen dein Anliegen vor und versuchst sie zu überzeugen, dass die Bundeswehr in der Schule nichts zu suchen hat.

(Bis der Drittelparitäts-Erlass umgesetzt wird, muss du dich zwangsläufig auch mit der/dem SchulleiterIn auseinandersetzen.)

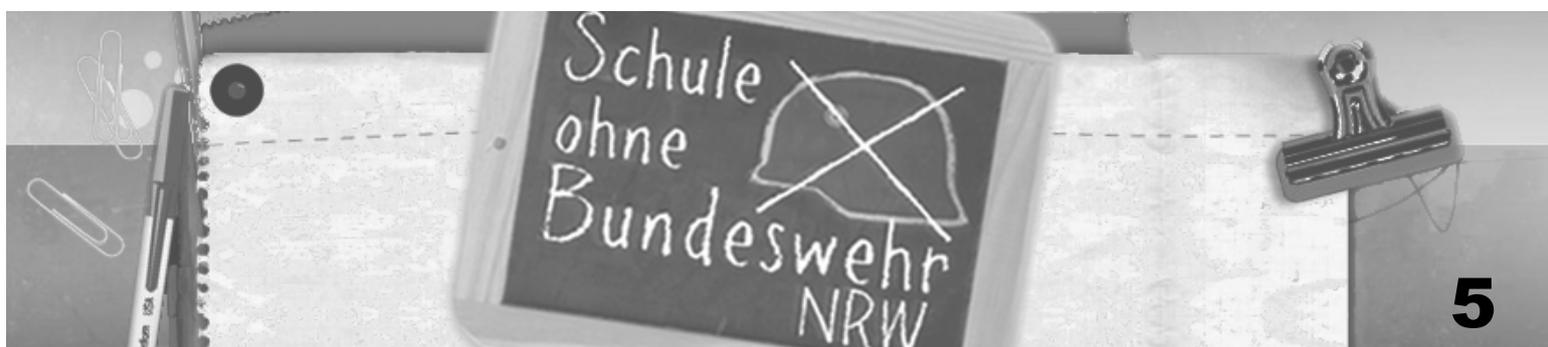
Dies führt Erstens dazu, dass sich alle am Schulleben Beteiligten mit der Thematik auseinandersetzen und regt Diskussionen auf allen Ebenen an. Zweitens ist es nur zu Deinem Vorteil, wenn Du potentielle Gegner bereits vor der Konfrontation in der Schulkonferenz ausmachen und eventuell im persönlichen Gespräch überzeugen kannst.

Einen Musterantrag für die Schulkonferenz findest Du auf Seite 9 des Readers oder auf der Homepage www.schule-ohne-bundeswehr-nrw.de

2. Fall: Ein Bundeswehrbesuch an deiner Schule hat sich angekündigt und es gibt noch keinen Schulkonferenz-Beschluss gegen die Bundeswehr

Als erstes solltest Du versuchen, die Lehrperson, bei der der Bundeswehrbesuch stattfinden soll davon zu überzeugen, dass die Bundeswehr in Schulen nichts zu suchen hat, weil das z.B. dem „Beutelsbacher Konsens“ widerspricht.

Wenn du Pech hast, hat diese Lehrperson die Bundeswehr aus Überzeugung eingeladen. Dann solltest Du schnellst möglich versuchen deine SV, Freunde und Bekannte sowie LehrerInnen Deines Vertrauens darüber aufzuklären und gemeinsam mit ihnen Gegenwehr zu organisieren.



Der Protest kann ganz unterschiedliche Bestandteile haben, die auch einzeln sehr wirksam sein können:

- Ein einfaches Gespräch von Lehrer zu Lehrer
- Ein Gespräch mit der betroffenen Klasse / dem betroffenen Kurs
- Ein Gespräch mit der Schulleitung
- Das Einberufen einer „Eil-Konferenz“ (siehe §67 Abs.4 SchulG NRW) mit positivem Beschluss des oben angeführten Antrags
- Breiten Protest mit der SchülerInnenenschaft organisieren (z.B. indem Ihr Flyer gestaltet und verteilt)
- Schreibt einen Artikel für die Schülerzeitung
- Nehmt Kontakt zur örtlichen BezirksschülerInnenvertretung, Friedensgruppe, Antifa oder anderen Gruppen auf und bittet um Unterstützung
- Verfasst Presseerklärungen und schickt diese an die lokale/regionale Presse

Im Idealfall kann schon einer dieser Schritte dafür sorgen, dass der Soldat ausgeladen oder von Seiten der Bundeswehr auf einen „Besuch“ verzichtet wird!

Im Regelfall musst du davon ausgehen, dass der Großteil des Lehrerkollegiums nichts von dem bevorstehenden „Besuch“ weiß, deshalb kann es sein, dass die LehrerInnen deiner Schule nichts unternehmen (wollen). Du solltest dich deshalb eher auf deine eigene Initiative verlassen.

Du kannst dich natürlich auch auf Antrag deiner Eltern vom Unterricht freistellen lassen. Dabei solltest du jedoch berücksichtigen, dass es besser ist den Vortrag zu stören und kritische Fragen zu stellen, als eine Gruppe unkritischer MitschülerInnen mit dem Bundeswehrsoldaten alleine zu lassen. Eine Freistellung macht demnach nur Sinn, wenn der ganze Kurs mitzieht.

3. Fall: Der „Besuch“ der Bundeswehr ist nicht mehr zu verhindern

Du kannst dich bei der entsprechenden Lehrperson dafür einsetzen, dass auch eine VertreterIn einer Friedensorganisation/-initiative eingeladen wird. Dann stehen den Aussagen des Jugendoffiziers andere, kritische Argumente gegenüber dessen Schönfärberei wird entlarvt. Auf der Homepage des Netzwerks „Schule ohne Bundeswehr NRW“ findest du Ansprechmöglichkeiten.

Entweder die Gegenwehr im Vorfeld ist nicht erfolgreich gewesen oder du hast erst sehr kurzfristig davon erfahren. Nun musst du zu dem letzten Mittel greifen, das dir als SchülerIn noch bleibt:

Ziviler Ungehorsam



- Wenn Du eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern aus Deiner Schule hinter Dir hast (z.B. Deine SV oder andere UnterstützerInnen), kannst Du verschiedenste Aktionen gegen den Besuch der Bundeswehr planen:
 - Schnappt Euch ein paar Ketten und Schlösser und schließt die Eingangstüren Eurer Schule ab oder baut Barrikaden – so kommt einfach niemand mehr in die Schule – auch nicht die Bundeswehr
 - Bildet Menschenketten aus mehreren SchülerInnen und stellt Euch vor die Schule und zeigt – womöglich auch lautstark – dass Ihr die Bundeswehr an Eurer Schule nicht haben wollt!
 - Malt Transparente und hängt sie im Eingangsbereich auf oder malt mit Kreide Sprüche auf den Boden
 - Manchmal stellt die Bundeswehr schon am Vorabend ihren Truck auf dem Schulhof ab – euch ist selbst überlassen was ihr damit macht.

- Du bist in dem Kurs oder in der Klasse in die die Bundeswehr kommt? Bereite Dich und Deine MitschülerInnen vor und versucht doch einfach mal folgendes:
 - Verschönert euren Klassenraum z.B. indem ihr Sprüche an die Tafel schreibt, wie „Lernen bei der Bundeswehr heißt Töten lernen“, „Bundeswehr – Werben für Sterben“, „Bundeswehr – ein totsicherer Job“ etc.
 - Der Jugendoffizier quatscht – Dreht Euch mit Eurem Stuhl einmal komplett rum und ignoriert Ihn einfach!
 - Ihr seid zum Thema gut informiert? – Dann stellt kritische Rückfragen, schnell werdet Ihr merken dass der Jugendoffizier sich nur an ein bestimmtes Antwort Schema hält.
 - Fragt nach unangenehmen Details! – Wie viele Bundeswehr SoldatInnen würden den Dienst an der Waffe weiterempfehlen? Oder wie viele SoldatInnen sind nach dem Einsatz traumatisiert? Sind tatsächlich mehr Bundeswehrsoldaten an Selbstmord gestorben als unter Beschuss?
 - Macht Euch lautstark bemerkbar während der Jugendoffizier spricht. So kommt er gar nicht dazu seine Propaganda weiter zu verbreiten.



HANDLUNGSHILFE FÜR LEHRER_INNEN

Wenn Sie gegen die Auftritte der Bundeswehr in der Schule aktiv werden wollen, empfehlen wir, dass Sie direkt erst einmal Kontakt mit dem Netzwerk Schule ohne Bundeswehr aufnehmen, um von den Erfahrungen anderer zu profitieren. Der Reader Schule ohne Bundeswehr kann Ihnen weitere Hilfen bieten.

Die Handlungsvorschläge für Lehrer_innen im Bezug auf Bundeswehrbesuche sind im Wesentlichen in drei Handlungsbereiche gegliedert:

- I. Was können Sie tun, um allgemein dem Besuch der Bundeswehr an Ihrer Schule vorzubeugen?
- II. Was können Sie gegen einen angekündigten Bundeswehrbesuch tun?
- III. Welche Protestformen gibt es gegen einen nicht abwendbaren Bundeswehrbesuch?

1. Fall: Was können Sie tun, um allgemein dem Besuch der Bundeswehr an Ihrer Schule vorzubeugen?

- Sie sprechen die SV, den Lehrer_innenrat und die Vertreter_innen der Lehrer_innen in der Schulkonferenz sowie den/die Schulleiter_in an, und beraten sie mit allen über Möglichkeiten, einen Schulkonferenzbeschluss zu initiieren, der das Ziel hat, Werbung für die Bundeswehr in Ihrer Schule grundsätzlich abzulehnen.
- Sie sprechen weitere Kolleg_innen an und versuchen Sie als Unterstützer_innen zu gewinnen → GEW-Vertrauensleute und Betriebsgruppe aktivieren und evtl. Kontakt zum örtlichen Friedensforum.
- Sie sprechen Eltern und Schüler_innen gezielt an und bitten um Unterstützung des Anliegens.

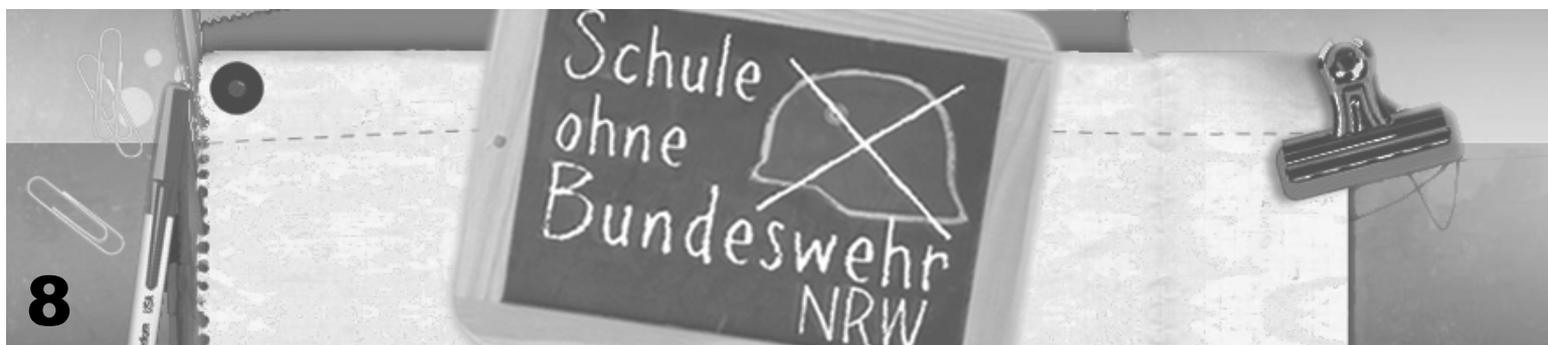
Einen Musterantrag für die Schulkonferenz finden Sie in diesem Reader auf Seite 12 oder auf der Homepage www.schule-ohne-bundeswehr-nrw.de.

2. Fall: Ein Bundeswehrbesuch an Ihrer Schule hat sich angekündigt und es gibt noch keinen Schulkonferenz-Beschluss gegen die Bundeswehr

Sie sollten Ihrer Kollegin/Ihrem Kollegen klar machen, dass die Bundeswehr in der Schule nichts zu suchen hat, weil das z.B. dem Beutelsbacher Konsens widerspricht. Wenn Ihr Kollege/Ihre Kollegin die Bundeswehr aus Überzeugung eingeladen hat, dann sollten Sie möglichst schnell eine Gegenwehr organisieren. Verbündete finden Sie bei Eltern, Lehrer_innen und Schüler_innen.

Ihren Protest gegen die Bundeswehr können Sie durch verschiedene Aktivitäten deutlich machen:

- Gespräche mit Eltern, Lehrer_innen und Schüler_innen
- Gespräche mit Schüler_innen der betroffenen Kurse



- Gespräch mit der Schulleitung
- Antrag zur Einberufung einer „Eil-Konferenz“ (siehe §67 Abs.4 SchulG NRW)
- Kontakte zu Friedensgruppen, Menschenrechts- und Antifa-Organisationen sowie zu den Gewerkschaften
- Kontakt mit der Presse aufnehmen und die Argumente für die Ablehnung der Bundeswehr in der Schule aus Lehrer_innen-Sicht darlegen.

3. Fall: Der „Besuch“ der Bundeswehr ist nicht mehr zu verhindern

- In diesem Fall sollten Sie sich bei Ihrer Kollegin/Ihrem Kollegen dafür einsetzen, dass auch ein/e Vertreter_in einer Friedensorganisation eingeladen wird. Auf der Homepage des Netzwerks „Schule ohne Bundeswehr NRW“ finden Sie Ansprechmöglichkeiten.
- Darüber hinaus sollten Sie Widerstandsaktionen und Aktionen des Zivilen Ungehorsams von Schüler_innen in schulischen Zusammenhängen und in der Öffentlichkeit unterstützen und Ihre Schüler_innen ermutigen, daran teilzunehmen.

Unterschätzen Sie nicht die Wirkungen, die von Ihren Aktivitäten ausgehen können. An jeder Schule gibt es Lehrer_innen, die Ihre Verantwortung für Frieden und Gerechtigkeit wahrnehmen und sich für Völkerverständigung und für einen Frieden mit friedlichen Mittel einsetzen.



HANDLUNGSHILFE FÜR ELTERN

Die Handlungsvorschläge für Eltern im Bezug auf Bundeswehrbesuche an Schulen sind im Wesentlichen in drei Handlungsbereiche gegliedert: Was können Sie tun, um allgemein dem Besuch der Bundeswehr an der Schule Ihrer Tochter/Ihres Sohnes vorzubeugen? Was können Sie gegen einen angekündigten Bundeswehrbesuch tun? Welche Protestformen gibt es gegen einen nicht abwendbaren Bundeswehrbesuch?

1. Fall: Was können Sie tun, um allgemein dem „Besuch“ der Bundeswehr an der Schule Ihrer Tochter/Ihres Sohnes vorzubeugen?

- Sie sprechen Ihre Elternvertreter_innen an und schlagen vor, einen Antrag an die Schulkonferenz zu stellen mit dem Ziel, die Schule Ihrer Tochter/Ihres Sohnes zur „Bundeswehrfreien Zone“ zu erklären.
- Sie sprechen andere Eltern der Schule an und versuchen Sie als Unterstützer_innen zu gewinnen.
- Sie sprechen die Vertreter_innen der Eltern in der Schulkonferenz gezielt an und bitten um Unterstützung Ihres Anliegens.
- Sie informieren eine/n Lehrer_in Ihres Vertrauens aus der Schule bzw. eine/n Lehrer_in, deren/dessen Mitgliedschaft in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bekannt ist. Sie bitten die betreffenden Lehrer_innen für den Antrag im Lehrer_innen-Kollegium zu werben.

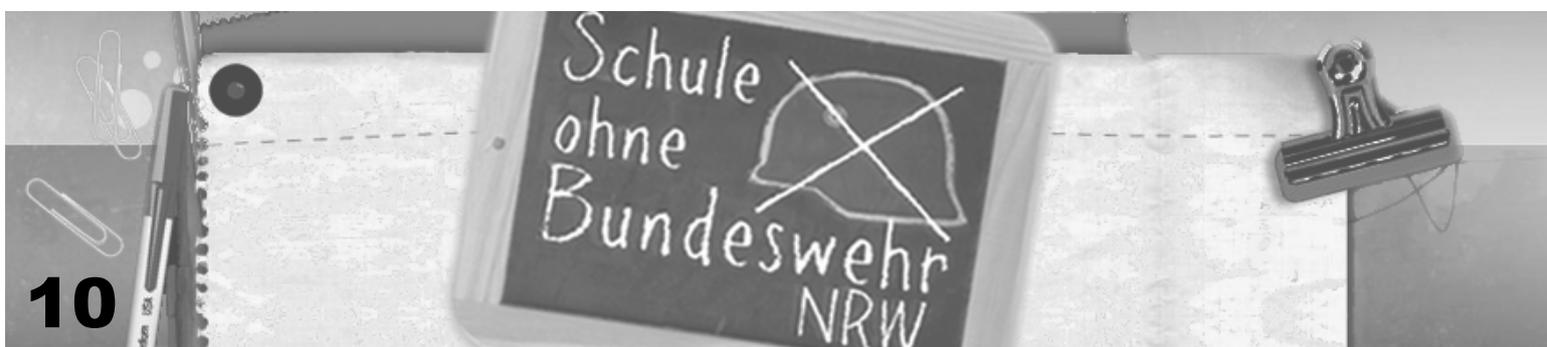
Einen Musterantrag für die Schulkonferenz finden Sie in diesem Reader auf Seite 12 oder auf der Homepage www.schule-ohne-bundeswehr-nrw.de.

2. Fall: Ein Bundeswehrbesuch an der Schule Ihrer Tochter/Ihres Sohnes hat sich angekündigt und es gibt noch keinen Schulkonferenz-Beschluss gegen die Bundeswehr

Wenn der Bundeswehrbesuch im Kurs Ihres Sohnes/Ihrer Tochter stattfinden soll, sollten Sie die verantwortliche Lehrperson direkt ansprechen. Sie sollten klar machen, dass die Bundeswehr in der Schule nichts zu suchen hat, weil das z.B. dem Beutelsbacher Konsens widerspricht.

Wenn der Bundeswehrbesuch in einem anderen Kurs stattfindet, sollten Sie ihre Tochter/Ihren Sohn bitten, einen Kontakt zu betroffenen Eltern herzustellen, damit die die Lehrperson ansprechen können.

Wenn Sie Pech haben, hat die Lehrperson die Bundeswehr aus Überzeugung eingeladen. Dann sollten Sie oder andere Eltern möglichst schnell eine Gegenwehr organisieren. Verbündete finden Sie bei Eltern, Lehrer_innen und Schüler_innen.



Ihren Protest gegen die Bundeswehr können Sie durch verschiedene Aktivitäten deutlich machen:

- Gespräche mit Eltern, Lehrer_innen und Schüler_innen
- Gespräche mit Schüler_innen der betroffenen Kurse
- Gespräch mit der Schulleitung
- Antrag zur Einberufung einer „Eil-Konferenz“ (siehe §67 Abs.4 SchulG NRW)
- Kontakt zu Friedensgruppen, Menschenrechts- und Antifa-Organisationen
- Kontakt mit der Presse aufnehmen und die Argumente für die Ablehnung der Bundeswehr in der Schule aus Elternsicht darlegen.

Vorsorglich sollten Sie Ihrer Tochter/Ihrem Sohn einen unterschriebenen Antrag auf Freistellung vom Unterricht, wenn die Bundeswehr kommt, ausstellen. Ihr Sohn/Ihre Tochter kann dann frei entscheiden, ob der Antrag zum Einsatz kommt, z.B. wenn der ganze Kurs mitzieht.

3. Fall: Der „Besuch“ der Bundeswehr ist nicht mehr zu verhindern

- In diesem Fall sollten Sie sich bei der entsprechenden Lehrperson dafür einsetzen, dass auch ein/e Vertreter_in einer Friedensorganisation eingeladen wird. Auf der Homepage des Netzwerks „Schule ohne Bundeswehr NRW“ finden Sie Ansprechmöglichkeiten.
- Darüber hinaus sollten Sie Widerstandsaktionen und Aktionen des Zivilen Ungehorsams von Schüler_innen in schulischen Zusammenhängen und in der Öffentlichkeit unterstützen und Ihre Tochter/Ihren Sohn ermutigen, daran teilzunehmen.

Unterschätzen Sie nicht die Wirkungen, die von Ihren Aktivitäten ausgehen können. An jeder Schule gibt es Eltern, die Ihre Verantwortung für Frieden und Gerechtigkeit wahrnehmen und sich für Völkerverständigung und für einen Frieden mit friedlichen Mittel einsetzen.



MUSTERANTRAG FÜR DIE SCHULKONFERENZ

Den folgenden Musterantrag könnt Ihr als Vorlage für einen eigenen Antrag nutzen

Antrag - Apfelbäumchen-Schule lehnt Zusammenarbeit mit der Bundeswehr ab

Folgende Vereinbarung möge die Schulkonferenz beschließen:

Die Apfelbäumchen-Schule lehnt die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr ab. Dies impliziert, dass es keinerlei Besuche der Jugendoffiziere gibt. Außerdem lehnen wir die Zusammenarbeit mit Wehrdienstberatern im Rahmen von Berufsorientierungstagen und Berufsmessen ab. Unsere Schule ist weder ein Ort einseitiger Meinungsbildung, noch sollten an unserer Schule Schülerinnen und Schüler für den Krieg angeworben werden.

Hintergrund:

Im Herbst 2008 schloss das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein- Westfalen eine Kooperationsvereinbarung mit dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr ab. Diese Vereinbarung beinhaltet unter anderem die „Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie von Lehrkräften“. Außerdem sollen Schülerinnen und Schülern „im schulischen Kontext die notwendigen Instrumente der Politik“ nahe gebracht werden wobei „Informationen zu nationalen Interessen“ einzubeziehen sind. Im Kooperationsvertrag heißt es darüber hinaus, dass „die Schulen in eigener Zuständigkeit über die Ausgestaltung der Umsetzung der Vereinbarung entscheiden“¹. Wir als SchülerInnenvertretung wollen hierzu einen Beitrag leisten.

Begründung:

Die Bundeswehr ist keine Verteidigungsarmee mehr, wie vom Grundgesetz vorgesehen. Sie ist eine Armee im Einsatz und dient der 'Sicherung der Rohstoff- und Warenströme' – festgeschrieben im Weißbuch von 2006. Bis in die Kirchen hinein gibt es Kritik an dieser Grundgesetz-Verletzung.

Auch wir lehnen wir es ab, dass Jugendoffiziere an unsere Schule kommen, und wir stellen uns damit einer immer stärkeren Militarisierung der Gesellschaft entgegen.

1

www.schulministerium.nrw.de/BP/Schulsystem/Kooperationen/Koop_Schule_BW/Kooperationsvereinbarung_Schulen_NRW.pdf

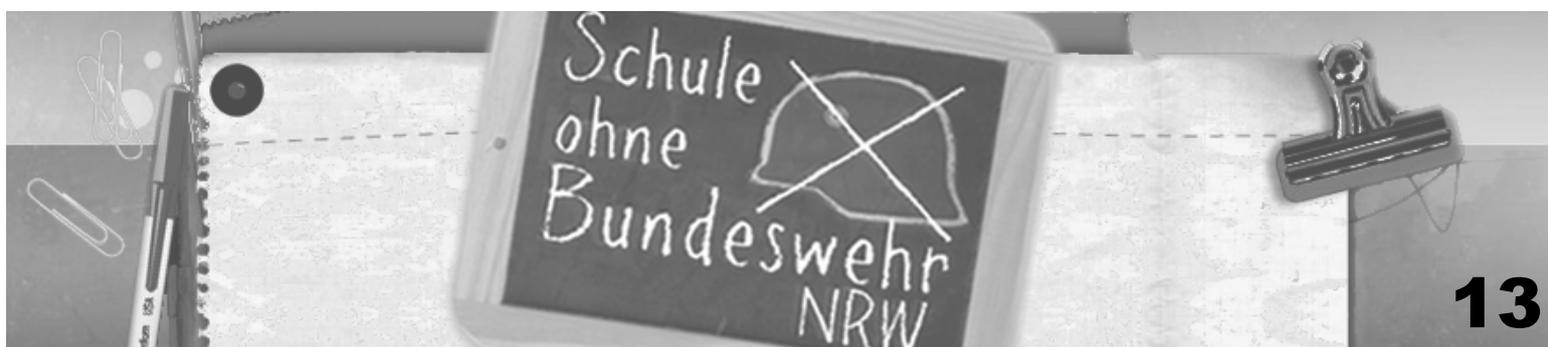


Der verstärkte Einfluss der Bundeswehr auf die Schulen ist nur im Zusammenhang einer Umstrukturierung der Bundeswehr und einer Umdeutung ihrer Aufgaben zu sehen. Wir wehren uns gegen ihre Verwendung im Inneren und gegen die verstärkte zivil-militärische Zusammenarbeit. Darüber hinaus sollte Schule ein Ort sein, an dem weder einseitige Meinungsmache betrieben wird, noch SchülerInnen für den Krieg angeworben werden sollten. (SchulG, § 2, Abs. 6, Satz 3 „Schülerinnen und Schüler dürfen nicht einseitig beeinflusst werden.“) Schule ist ein Ort, an dem objektives Wissen vermittelt werden sollte. Uns Schülerinnen und Schülern ist es deshalb schleierhaft, warum Lehrkräfte von „Jugendoffizieren [...] aus- und fortgebildet“ werden sollen. Wir vertrauen nicht den Offizieren der Bundeswehr, sondern den gut ausgebildeten und studierten Lehrkräften. Nicht der Bundeswehrsoldat sollte uns Wissen zur „Sicherheitspolitik“ vermitteln, sondern beispielsweise unsere Geschichts- und Politiklehrer.

Der Beutelsbacher Konsens legt die Minimalbedingungen für politische Bildung fest. Dabei wurden drei Grundprinzipien des Politikunterrichts festgelegt: Das Überwältigungsverbot, das Kontroversitätsgebot und das Prinzip der Schülerorientierung. Die „Besuche“ der Bundeswehr widersprechen zwei der drei Anforderungen: Zum einen dem Überwältigungsverbot, denn „Es ist nicht erlaubt, den Schüler - mit welchen Mitteln auch immer - im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der ‘Gewinnung eines selbständigen Urteils’ zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und Indoktrination.“ Zum anderen dem Kontroversitätsgebot, denn „Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten.“²

Besonders nach der Umstrukturierung des Militärs benötigt die Bundeswehr immer mehr Rekruten. Schon zu Wehrdienstzeiten konnte die Bundeswehr oftmals die benötigte Anzahl an Berufs- und Zeitsoldaten nicht rekrutieren. 2009 hätte die Bundeswehr 23.700 neue SoldatInnen einstellen müssen. Mit 21.784 neuen SoldatInnen wurde diese Zahl jedoch unterschritten. Das zeigt, dass der Beruf als Soldat immer unbeliebter wird. Dies stellt auch das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr fest. In der Studie „Berufswahl Jugendlicher und Interessen an einer Berufstätigkeit bei der Bundeswehr“ wurde folgendes festgestellt: Nur 25 % der befragten Jugendlichen zwischen 14 und 23 Jahren antworteten auf die Frage, ob sie sich vorstellen können, für eine gewisse Zeit bei der Bundeswehr berufstätig zu sein mit „Ja“. Ganze 48% lehnten dies ab. 27% der Befragten antworteten mit „vielleicht“. Die Bundeswehr muss also immer verstärkter und aggressiver um Nachwuchs werben, um die benötigte Anzahl an Rekruten zu erreichen.

² Beutelsbacher Konsens, LPB BW, www.lpb-bw.de/beutelsbacherkonsens.html



Nach unserer Meinung ist auch das Auftreten der Bundeswehr auf Berufsmessen sehr problematisch. Den rhetorisch und ideologisch geschulten SoldatInnen können junge Schülerinnen und Schüler in der Regel nichts entsprechendes entgegen setzen. Dabei kommt es viel zu oft vor, dass die Bundeswehr bei ihrer Darstellung Dinge beschönigt indem sie essentielle Informationen vorenthält.

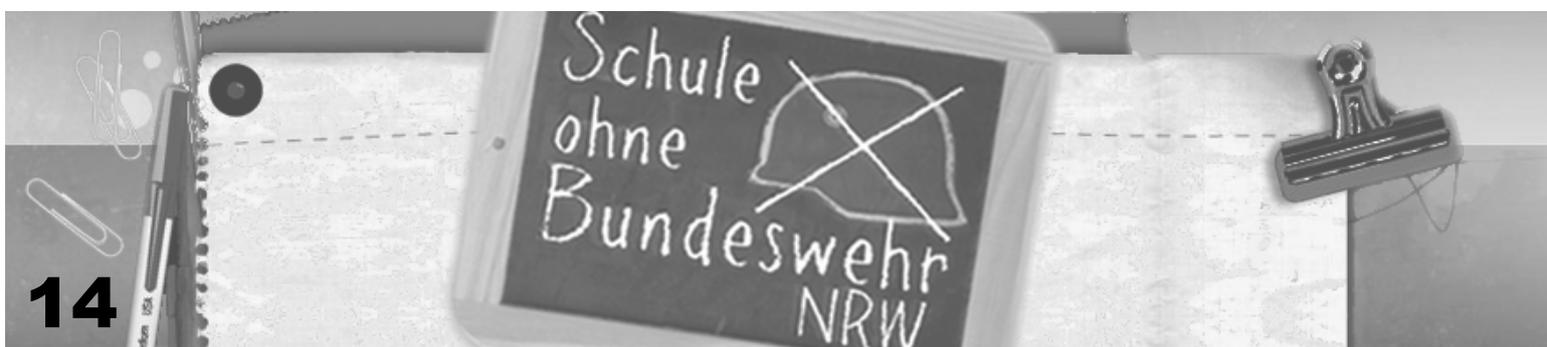
Auf Berufsmessen sorgen hoch technologisierte „Karrieretrucks“ mit zahlreichen Modulen für den „Spaßfaktor“ Bundeswehr. Auf Flachbildschirmen können sich die BesucherInnen über die Bundeswehr „informieren“. Je nach Veranstaltungstyp werden Kletterwände, Flugzeugsimulatoren oder Militärfahrzeuge ausgestellt. Besonders über Technikbegeisterung versucht man, neue Rekruten anzuwerben.

Die Teilnahme der Bundeswehr auf Berufsmessen suggeriert jungen Menschen, dass die Bundeswehr ein völlig „normaler“ Arbeitgeber ist und stellt den Beruf des Soldaten als einen Beruf wie jeden anderer dar. Den Vergleich zwischen Militär und Wirtschaft halten wir für falsch und verkürzt, da die Institution Bundeswehr für Krieg steht, der Soldat töten muss und getötet werden kann. Den Soldatenberuf etwa mit dem Beruf der Verkäuferin zu vergleichen ist vollkommen falsch, es ist kein Job wie jeder andere.

Anmerkung:

Das Werben der Bundeswehr auf Berufsmessen wird schon seit langem von der LandeschülerInnenvertretungen NRW, Elternverbänden wie der Landeselternkonferenz, Gewerkschaften wie der GEW und dem DGB, Kinderrechtsorganisationen wie Terre des Hommes, Friedensorganisations wie der DFG-VK und KirchenvertreterInnen, etwa der evangelischen Kirche im Rheinland, kritisiert.

Die GEW hat sich in einem Beschluss vom März 2010 gegen die Einflussnahme der Bundeswehr auf die Schulen ausgesprochen. Darin heißt es „Mit Sorge beobachtet die GEW, dass sich die Bundeswehr in letzter Zeit verstärkt um größeren Einfluss in den Schulen bemüht. Es wurden Fälle bekannt, in denen Waffenschauen und Informationsveranstaltungen auf Schulhöfen und in Turnhallen stattfanden. Kooperationsabkommen mit Landesregierungen unterstützen das offensive Vorgehen der Bundeswehr.“ Darüber hinaus „wendet sich die GEW entschieden gegen den zunehmenden Einfluss der Bundeswehr auf die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts und der Lehreraus- und Fortbildung, wie sie in den Kooperationsabkommen zwischen Kultusministerien und Bundeswehr deutlich werden. [...] Die politische Bildung – auch in Fragen der Sicherheitspolitik – gehört in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute und nicht in die von Jugendoffizieren. [...] Die GEW lehnt die Werbeversuche der Bundeswehr an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen



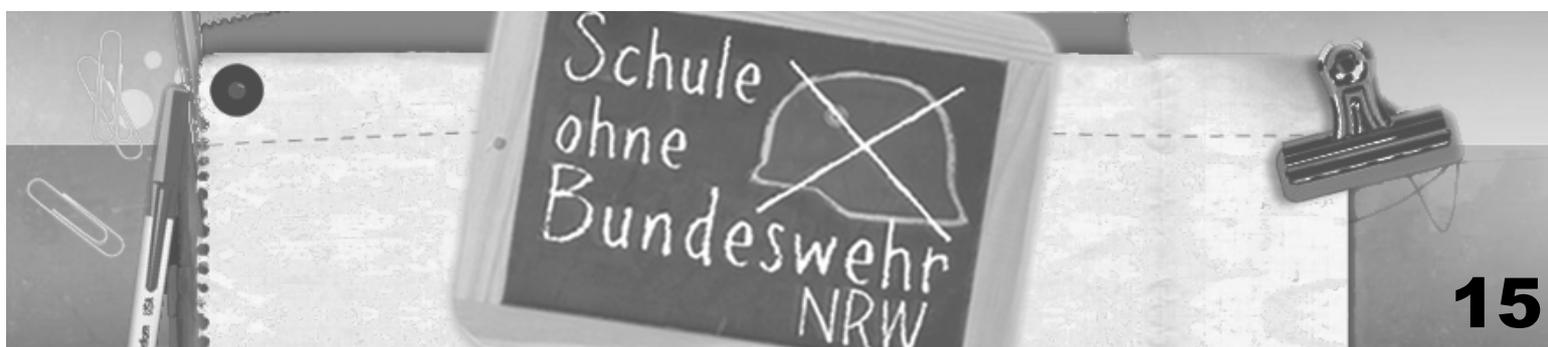
ab und verurteilt sie. [...] Die GEW ruft zu Aktionen gegen Werbeversuche der Bundeswehr auf.³

Aus einem Gespräch zwischen der LandesschülerInnenvertretung NRW und dem Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW ging noch einmal klar hervor, dass der Schulleiter bzw. die Schulkonferenz das Recht hat, Informationsveranstaltungen der Bundeswehr zur untersagen.

Diesen Antrag könnt ihr unter

http://www.lsvnrw.de/images/themen/schule_ohne_bw_antrag.pdf
herunterladen

³ http://www.gew.de/Einfluss_der_Bundeswehr_an_Schulen_zurueckdraengen.html

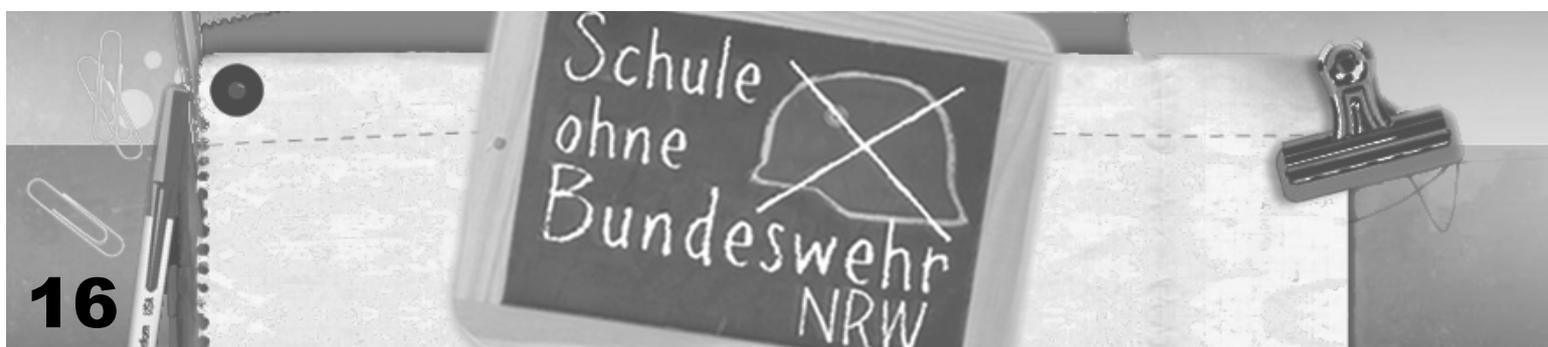


ARGUMENTATIONS HILFE

Folgende Argumente sind als Hilfe für die Diskussion mit Jugendoffizieren der Bundeswehr gedacht, wie man sie leider immer häufiger in Schulstunden oder an Werbeständen, etc. der Bundeswehr führen muss. Wichtig bei der Diskussion mit Jugendoffizieren sind vor allem erst einmal zwei Grundeinsichten, nämlich 1.) die Jugendoffiziere sind für solche Situationen ausgebildet, d.h. sie sind in den meisten Fällen rhetorisch geschult und redegewandt. Alle SoldatInnen, die Jugendoffiziere werden sollen, absolvieren einen Intensivkurs. Dabei geht es um drei große Bereiche: Rhetorik, Politische Bildung/Sicherheitspolitik und Informationen über die Jugendlichen (Verhaltensweisen, Interessen, etc.). Ernst zu nehmende Gegner also, aber auch nicht „unbezwingbar“, auch die geschulten Jugendoffiziere sind in Bedrängnis zu bringen. Allerdings muss man sich noch einen anderen Punkt vor Augen führen und zwar 2.) das Ziel der Diskussion ist natürlich nicht, den Jugendoffizier zu bekehren. Die Diskussion wird also vor allem deshalb geführt, um MitschülerInnen, bzw. umstehende Jugendliche zu überzeugen. So gesehen könnte das Motto der Jugendoffiziere - Radikale Gegner beeindrucken, Unentschlossene gewinnen, Befürworter positiv bestärken – auch das Motto der diskutierenden AntimilitaristInnen sein, nur dass es nicht das Ziel ist, den Jugendoffizier zu beeindrucken.

Wie diskutiert man mit MitschülerInnen, die den Besuch des Jugendoffiziers weder verhindern noch stören wollen, weil sie dies als Behinderung ihres Rechts auf Meinungsbildung verstehen?

- Klar machen, dass man selbst gerne auf diese Veranstaltung verzichten würde, sie jedoch von Schule und Bundeswehr aufgezwungen bekommt – und das im eigentlich „neutralen“ Raum Schule
- Auftritte der Bundeswehr an Schulen (in welcher Form auch immer) sind auch eine Strategie, die Öffentlichkeit an das Auftreten der Bundeswehr im Innern allgemein, also letztlich eine verstärkte Militarisierung der Gesellschaft, zu gewöhnen
- Wenn die Behandlung eines Themas im Unterricht gewünscht wird, ist es zuerst Sache der Lehrperson dieses Thema vorzubereiten und nicht der Bundeswehr
- die Informationen des Jugendoffiziers sind einseitig, hier wird also auch die freie Meinungsbildung behindert
- Informationsveranstaltungen von Jugendoffizieren sind im Grunde genommen Werbeveranstaltungen für die Bundeswehr und haben in der Schule nichts verloren
- ganz simpel: Die Bundeswehr hat keinen Lehrauftrag, kommt also zu Werbezwecken an die Schulen



Argumente gegen Behauptungen des Jugendoffiziers:

- **„Die Bundeswehr bietet jungen Menschen in diesem Land eine Perspektive.“**

Andersrum wird ein Schuh draus: Die Bundeswehr ist der größte Nutznießer der Perspektivlosigkeit von Jugendlichen und fürchtet sich sogar vor einer Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt. Denn nur so nehmen Jugendliche notgedrungen das Angebot an, zur Bundeswehr zu gehen und damit ein Jahr Auslandseinsatz in Kauf zu nehmen – inklusive der Risiken und Nebenwirkungen: Verstümmelt, traumatisiert oder getötet zu werden. Zudem sind viele der Ausbildungen bei der Bundeswehr nur für die Armee zugeschnitten und in zivilen Berufen praktisch nicht zu gebrauchen.

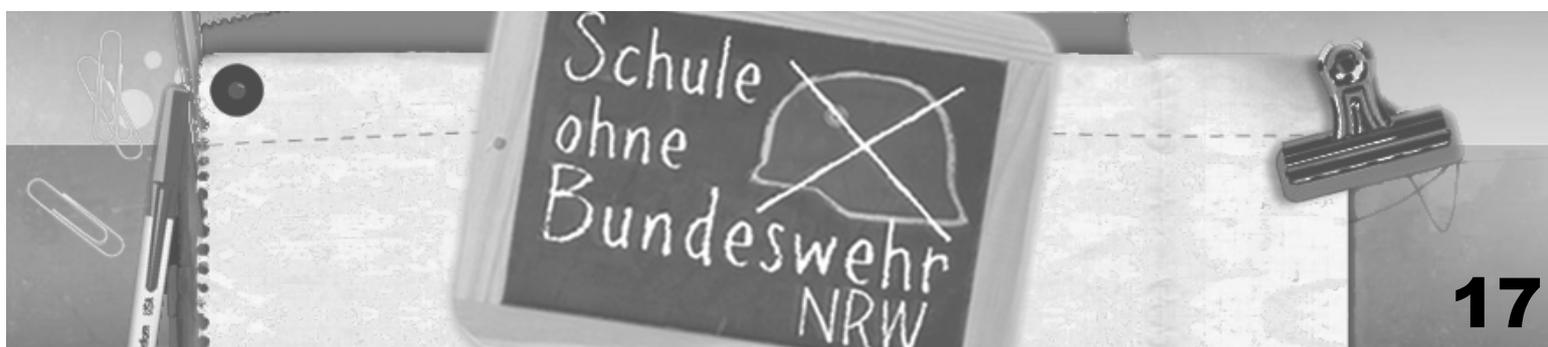
- **„Die Bundeswehr ist eine militärische Hilfsorganisation – im Inland und im Ausland.“**

Zunächst einmal: natürlich hat die Bundeswehr bei Katastrophen wie der Oderflut viel Nützliches getan. Aber es ist nicht einzusehen, dass die Bundeswehr mit diesem Argument Milliarden verschlingt. Das Geld wäre bei den wirklichen Experten für Katastrophenfälle – zivilen Organisationen wie der Feuerwehr viel sinnvoller aufgehoben. Zudem handelte es sich bei einigen der Einsätze der Bundeswehr in den letzten Jahren um unnötig aufgeblähte Propaganda-Einsätze zum Imagegewinn der Truppe, so der „Einsatz gegen die Vogelgrippe“ 2005 auf Rügen.

Im Ausland – Beispiel Afghanistan - sprechen sich die wirklichen Hilfsorganisationen strikt gegen eine Verquickung von Militär und zivilen Hilfsmaßnahmen aus, da dies zu einer Gefährdung und einem Ansehensverlust der Hilfsorganisationen führt. Wie zynisch eine solche Vermischung sein kann, zeigte die US-Airforce 2001 in Afghanistan: „Care-Pakete“ mit Lebensmittel und Spielzeug hatten die gleiche Form und Farbe wie die tödlichen Streubomben, die zu Tausenden abgeworfen wurden. Dies hat insbesondere Kinder Gliedmaßen oder gar das Leben gekostet.

- **„Die Bundeswehr sichert den Frieden und die Menschenrechte in Afghanistan.“**

Das Gegenteil ist der Fall. Der deutsch-afghanische Politikwissenschaftler Matin Baraki beschreibt die Zustände in seinem Heimatland folgendermaßen: „Gerade durch den Status als Protektorat ist die Wirtschaft Afghanistans zerstört worden. 99% aller Waren auf dem afghanischen Markt bestehen aus Importen. Der einheimischen Wirtschaft wird jegliche Chance genommen, sich zu entwickeln. (...) Die Drogen-Anbaufläche stieg um 59% und 2006 gab es die größte jemals in Afghanistan eingebrachte Opiumernte, sie lag um 2000 Tonnen höher als im Vorjahr und erreichte sagenhafte 6100 Tonnen! Ein Wiederaufbau für breite Schichten der Bevölkerung findet hingegen kaum statt. Die Arbeitslosigkeit beträgt ca. 75% mancherorts, vor allem in Osten und Süden sogar 90%. So erklärt sich, dass dort bereits 80% der Bevölkerung mit den Taliban sympathisieren. Die im Rahmen der Demobilisierung 50 000 freigesetzten Kämpfer der Warlords mehren nicht nur zusätzlich das Heer der Arbeitslo-



sen, sondern sind zu einem Faktor von Destabilität, Kriminalität und Unruhe geworden. Die logische Folge ist, daß die Sicherheitslage so schlecht ist, wie seit Ende des Taliban-Regimes nicht mehr.

Der Bevölkerung geht es dabei immer schlechter. Selbst in Kabul funktionieren weder Wasser- noch Stromversorgung. Wegen der katastrophalen sanitären Verhältnisse kommt es in den heißen Sommermonaten zu Cholera-Epidemien. Nur eine kleine Minderheit kann sich eine adäquate medizinische Versorgung leisten. Offiziell ist zwar die Behandlung in staatlichen Krankenhäusern kostenlos, aber ohne Bak-schisch läuft auch da nichts. Die Mietpreise in der Stadt sind unerschwinglich geworden selbst für diejenigen, die Arbeit haben.⁴ Diese Einschätzung gilt weiterhin und in dem Maße, wie der Krieg in Afghanistan seitdem eskaliert ist, noch verstärkt.

„Ein Drittel hungert, drei Viertel haben kein sauberes Trinkwasser und die Kinder- und Müttersterblichkeit ist eine der höchsten der Welt. Jedes vierte Kind stirbt vor dem fünften Lebensjahr“, heißt es in einer Stellungnahme der Ärzteorganisation IPPNW vom 27.01.2011. Die Lebenserwartung liege durchschnittlich bei 44 Jahren. In der Entwicklungstabelle der Vereinten Nationen ist das Land seit 2001 um sechs Plätze zurück auf den vorletzten Platz gefallen.

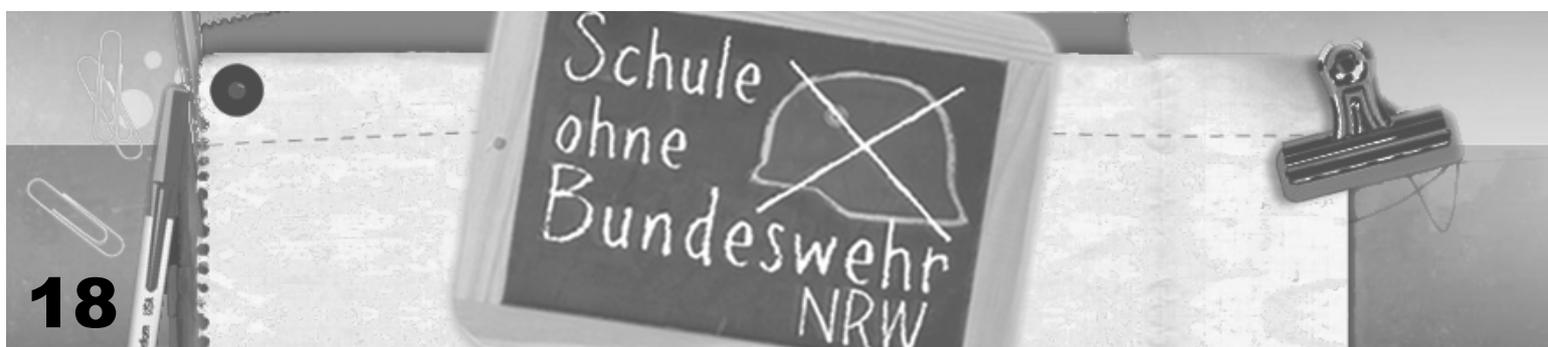
- **„Die Bundeswehr kämpft gegen den internationalen Terrorismus.“**

Militärische Angriffe gegen „Terroristen“ wie im Irak oder Afghanistan fordern täglich Opfer unter der Zivilbevölkerung. Krieg, Armut und Besatzung sind für die Menschen unerträglich geworden. Dies ist der Nährboden für den Widerstand und auch für terroristische Gruppen. Erst die Besatzung auch durch die Bundeswehr macht die Bundesrepublik zum potentiellen Ziel terroristischer Gruppen.

Wie unglaublich die Behauptung ist, die Bundeswehr bekämpfe den Terrorismus zeigt sich auch darin, dass sie sich in Afghanistan im Wesentlichen auf Warlords der „Nordallianz“ stützt, die selbst häufig eine blutige kriegsverbrecherische Vergangenheit haben.

Im Übrigen genügt ein Blick in die offiziellen Papiere der Bundeswehr, um die realen Hauptgründe für die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu entdecken. So heißt es in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992: Die Bundeswehr werde u.a. zur „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung“ eingesetzt. Diese Auffassung von den Aufgaben der Bundeswehr wurden im Weißbuch der Bundeswehr von 2006 noch einmal bestätigt. Dort wird neben „Störungen der Rohstoff- und Warenströme“ auch „unkontrollierte Migration als Folge von Flüchtlingsbewegungen“ als Bedrohung der bundesdeutschen Sicherheit und Fall für die Bundeswehr ausgemacht. Ferner stellt der Text fest: „Sicherheitspolitik muss auch

⁴ „Zerfallendes Protektorat“ Die Zerstörung Afghanistans, ein Werk der Imperialmächte; Von Matin Baraki * junge Welt, 11. November 2006

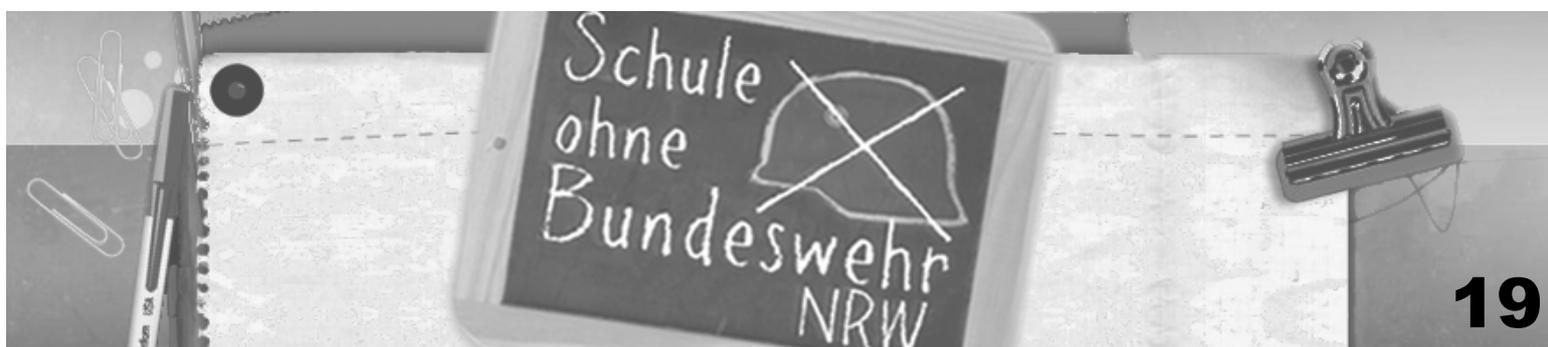


auf geografisch entfernte Regionen zielen. [...] Hierbei gilt es wegen der Export- und Rohstoffabhängigkeit Deutschlands, sich insbesondere den Regionen, in denen kritische Rohstoffe und Energieträger gefördert werden, zuzuwenden.“

- **„Nach einem Abzug der Bundeswehr (bzw. der NATO-Truppen) aus Afghanistan würde das Land im Chaos versinken – darunter würden auch zivile Hilfsorganisationen leiden.“**

Zuerst könnte einem an diesem Argument einmal auffallen, dass es im alten Kolonialstil gehalten ist. Die „unfähigen Wilden“ in Afghanistan bekommen ohne die tatkräftige – und ach so selbstlose – Unterstützung durch die Nato-Staaten nichts auf die Reihe, sondern werden gleichsam gesetzmäßig damit beginnen, übereinander herzufallen, wenn die Besatzer das Land „sich selbst überlassen“. Das ist gleich noch so ein Ausdruck, der einem suggerieren soll: das kann man doch nicht machen! Bei Kleinkindern kann man das tatsächlich nicht machen, doch ein Land „sich selbst zu überlassen“ ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit und heißt: Achtung der nationalen Souveränität. Doch da am „Deutschen Wesen“ wohl mal wieder die Welt genesen soll, muss die Bundeswehr den kindlichen Afghanen anscheinend noch weiter „helfen“. Widerlegt wird dieses chauvinistische Argument allerdings schon durch die bloße Betrachtung der Realität in Afghanistan: Massaker an Zivilisten durch die Bundeswehr, dauernder Kriegszustand, Wahlbetrug, blühender Drogenanbau, usw. - Chaos vom Feinsten.

Das Ganze gewinnt aber noch an Zynismus, wenn man sich die Geschichte des Konflikts in und um Afghanistan ins Gedächtnis ruft. Festzuhalten bleibt ja, dass der Krieg der USA gegen Afghanistan nicht als Hilfseinsatz für ein gebeuteltes Land, sondern gleichsam als erster Akt des „Kampfs gegen den Terror“ begonnen wurde. „Wollt ihr etwa, dass die Taliban wieder die Macht in Afghanistan übernehmen?“ hört man da schon den Jugendoffizier fragen. Mal abgesehen davon, dass sich große Teile Afghanistans und nun auch Pakistans heute fester denn je in den Händen der Taliban befinden und die Besatzungsmächte viel dazu beitragen, die Menschen den Taliban in die Hände zu treiben (zuletzt durch die geplante „Aussteigerprämie“ für „gemäßigte Taliban“; denn um aussteigen zu können, muss man erstmal einsteigen und so wird diese Prämie dazu beitragen, den Taliban noch mehr Menschen zuzuführen), darf man nicht vergessen, wer es eigentlich war, der die Herrschaft der Taliban in Afghanistan ab Mitte der neunziger Jahre erst ermöglichte. Es waren eben jene USA, die sich 2001 zum Befreier des Landes aufschwangen. Nach dem Einmarsch der UdSSR 1979 warben die USA vermittels ihres Geheimdienstes CIA islamistische Kämpfer an, gegen die Sowjetarmee zu kämpfen. Diese Mudschaheddin wurden dabei massiv von den USA mit Waffen, Geld, Infrastruktur, etc. unterstützt. Nach dem Abzug der Sowjetunion konnte die afghanische Regierung den Mudschaheddin nicht mehr standhalten. Das Land zerfiel im Bürgerkrieg, in dem schließlich die Taliban – als Teil der ehemaligen Mudschaheddin – die Oberhand gewannen und das Land unter ihre Kontrolle brachten. Und nun soll der Krieg in Afghanistan auf



einmal geführt werden, um die afghanische Bevölkerung vor diesen Produkten westlicher Politik zu schützen? Oder vielleicht doch eher wegen der so günstigen geostrategischen Lage Afghanistans an den Grenzen der beiden Großmächte Russland und China?

Was die zivilen Hilfsorganisationen angeht: deren momentane Gefährdung ist auf den Umstand zurückzuführen, dass sie als Teil der ausländischen militärischen Besatzung wahrgenommen werden. Die Lage für sie wäre bestimmt sicherer, stünde kein ausländisches Militär in Afghanistan.

- **„Wir werden uns aus Afghanistan zurück ziehen, sobald das Land stabilisiert ist.“**

Das Neuste vom Neuen: alle Parteien, die noch vor einigen Monaten fest hinter dem Einsatz in Afghanistan standen, sprechen auf einmal vom Rückzug. Doch natürlich nicht vom sofortigen. Da ist von Zeitkorridoren und Bedingungen, die zuerst geschaffen werden müssten, die Rede. Das alles ist längst nicht so neu und auch nicht so überraschend, wie es sich erstmal anhört, sondern eigentlich ganz simpel: Krieg ist ein Mittel zum Zweck – könnte die NATO ihre Zwecke auch ohne Krieg erreichen, würden sie sich den mittlerweile sehr kostenintensiven und unpopulären Krieg in Afghanistan gerne sparen. Doch natürlich muss das Land vorher „stabilisiert“ werden, d.h. es muss sichergestellt werden, dass auch ohne Kampfeinsätze der Nato-Truppen in Afghanistan alles so läuft, wie es die westlichen Staaten gerne hätten.

So wenig dieses Gerede vom Abzug also mit wirklichem Frieden und Unabhängigkeit für Afghanistan zu tun hat, so unrealistisch erscheint eine solche Option momentan auch. Aufgrund der geostrategisch bedeutsamen Lage Afghanistans werden Nato-Truppen sicher auf Dauer im Lande bleiben. Nur die Kämpfe – die sollen dann doch lieber die Afghanen selbst ausfechten. Zu diesem Zweck baut man derzeit verstärkt die afghanische Armee und Polizei auf und will bspw. mit „gemäßigten Taliban“ verhandeln. Noch offensichtlicher ist das innenpolitische Ziel der neuen Abzugversprechen. Über 70% der deutschen Bevölkerung lehnen laut Umfragen den Krieg in Afghanistan ab. Jetzt, wo sich das Märchen von der bewaffneten Aufbauhilfe nicht länger aufrecht erhalten lässt, muss eben ein neues Märchen her: das vom Truppenabzug – aber bitte schön erst in mindestens 5 Jahren.

Friedensorganisationen und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit haben auf einer gemeinsamen Tagung Anfang 2011 folgendes festgehalten:

„Der erste Schritt ist das sofortige Ende aller Kampfhandlungen und somit eine Gewaltreduktion in Afghanistan, als Basis um einen Dialog über eine umfassende Friedenslösung, die den Abzug der internationalen Truppen beinhaltet, einzuleiten. Auch ein einseitiger Waffenstillstand, der lokal und regional beginnt, kann Raum für eine nachhaltige Konfliktbearbeitung schaffen. Bei einem so im Land eingeleiteten Friedensprozess kann auch z.B. der Jirga eine wichtige Rolle zukommen, wenn dafür



Sorge getragen wird, dass alle Bevölkerungsgruppen dort vertreten sind und Mitspracherecht erhalten.“

„Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe sind keine Instrumente der militärischen Aufstandsbekämpfung. Deswegen lehnen wir eine militärisch-zivile Zusammenarbeit ab, die die Unterordnung des zivilen Sektors unter das Militär bedeutet. Hilfsorganisationen sind unabhängige Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe und dürfen durch militärisch-zivile Kooperationen weder in Kriegshandlungen hineingezogen werden noch durch die Konditionierung von staatlichen Hilfsgeldern im Gegenzug für die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Bundeswehr in ihrer Unabhängigkeit eingeschränkt oder gefährdet werde.“

- **Bestimmte Konflikte lassen sich nur militärisch lösen**

Politische Konflikte, egal ob zwischen Staaten, Parteien oder Interessengruppen, entstehen zumeist dann, wenn es um Macht, Einflussnahme, Interessenwahrung und -sicherung geht. Fast immer schreien Verantwortliche und Medien erst dann laut auf, wenn Konflikte sich bereits so verschärft haben, dass keine politische Klärung und Beilegung des Konfliktes mehr möglich scheint. Dann wird in der Regel der Einsatz der Militärs als einzige verbleibende Option gefordert.

Konflikte lassen sich mit militärischer Gewalt möglicherweise befrieden - lösen lassen sie sich mit gewaltsamen Mitteln jedoch nie. Immer bleiben militärische Sieger und Besiegte am Ende dieser Auseinandersetzung. Der eigentliche Konfliktgegenstand - das, was ihn ausgelöst hat - bleibt bestehen und bildet den Grund neuer Konfrontation. Häufig eskalieren Konflikte gerade wegen des militärischen Eingreifens, auch unter der Flagge der UNO oder mit ihrer Genehmigung, und neue Auseinandersetzungen provozieren noch mehr Einsatz von Gewaltmitteln.

Stattdessen ist es die Aufgabe der Politik eine Zivile Konfliktbearbeitung voranzutreiben, tatsächlich alle zivilen, diplomatischen Möglichkeiten in den frühen Eskalationsstufen eines Konfliktes auszuschöpfen: Konflikte müssen früh erkannt und analysiert werden. Embargos müssen humanitäre Gesichtspunkte berücksichtigen und konsequent durchgesetzt werden. Und es müssen politische und wirtschaftliche Voraussetzungen geschaffen werden, die die gewaltfreie Austragung und Lösung der Konflikte möglich machen.



LINKS

Hier nun eine kleine Sammlung an Internetseiten auf denen verschiedene Organisationen ihre Position zum Thema „Bundeswehr und Schule“ darlegen

AGDF

<http://www.friedensdienst.de/News-Anzeige.53+M5840df55328.0.html>

Bayerischer Elternverband

http://www.walther-text.de/Befreiungsantrag_Bundeswehrunterricht.doc

Bundeswehr wegtreten

<http://www.bundeswehr-wegtreten.org/>

DFG-VK NRW

<http://www.nrw.dfg-vk.de/themen/bundeswehr.html>

GEW

http://www.gew.de/Einfluss_der_Bundeswehr_an_Schulen_zurueckdraengen.html

IMI

<http://www.imi-online.de/2010.php?id=2116>

Junge GEW Köln

<http://www.jungegew.de/index.php/schule-ohne-bundeswehr.html>

Kehrt Marsch

<http://www.kehrt-marsch.de/>

Kölner Friedensforum:

http://www.friedensforum-koeln.de/pages/schule_ohne_bundeswehr.html

LSV NRW

<http://www.lsvnrw.de/themen/151>

Pax christi

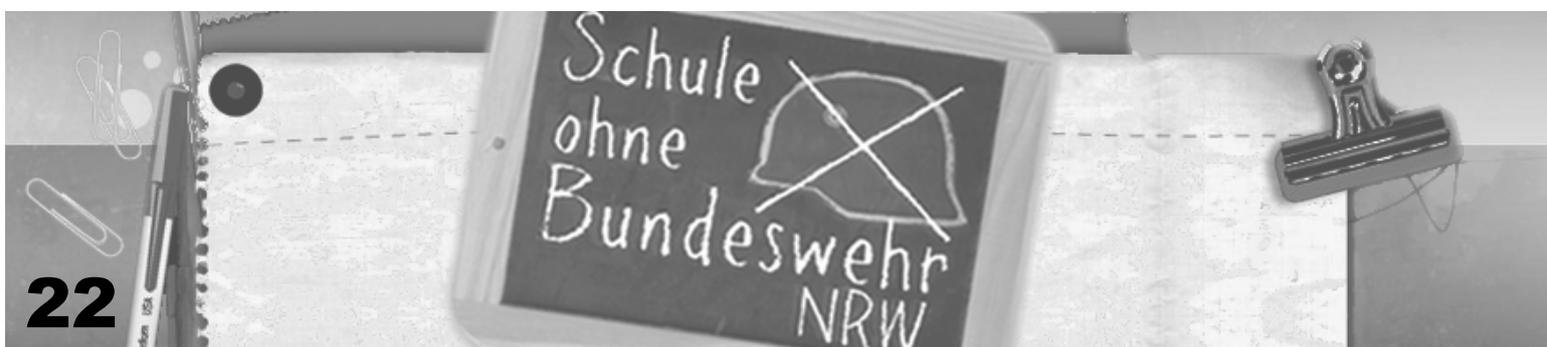
<http://www.paxchristi.de/news/kurzmeldungen/one.news.km/index.html?entry=page.news.km.724>

SDAJ:

<http://www.sdaj-netz.de/tag/antimilitarismus/>

Terre des Hommes

http://www.tdh.de/content/themen/schwerpunkte/kinder_und_krieg/bundeswehr.htm



Schule ohne Bundeswehr NRW

c/o DFG-VK NRW
Braunschweiger Straße 22
44145 Dortmund
dfg-vk.nrw@t-online.de

1. Auflage / Juni 2011

WWW.SCHULE-OHNE-BUNDESWEHR-NRW.DE



Schule
ohne
Bundeswehr
NRW

